

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2026

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den europäischen Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Rat beschließt Programm für die nächsten 18 Monate .....	1
EU-Rat unterstützt neue Struktur des MFF mit Klärungen für den ESF; Ratsvorsitz legt Zahlenwerk vor .....	1
EU-Parlament und EU-Rat einigen sich auf neue Straftatbestände zu sexuellem Kindesmissbrauch .....	1
Europarat: CSA-Material ist auch bei Verwendung von künstlicher Intelligenz bereits verboten .....	2
EIGE-Bericht und EU-Rat zur Bekämpfung von Cybermobbing gegen Mädchen in der EU .....	2
Koordinator:innen der Europäischen Garantie für Kinder beraten die Stärkung der Garantie .....	3
EU-Kommission: 17 Mio. Euro zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Unterstützung junger Roma .....	3
EU-Parlament billigt endgültig die Inhaftierung von geflüchteten Familien mit Kindern .....	3
EU-Kommission: Empfehlungen zu Wohnen und Kinderbetreuung im Europäischen Semester .....	3
<i>Kurznachrichten: Wohnen, Opferschutz, „Nudifier“-Apps, ECG, Kriminalität, Online-Sicherheit .....</i>	<i>4</i>
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>4</b>
Italien führt elterliche Einwilligung für Sexualkundeunterricht an Schulen ein .....	4
Spanien führt neues Schulfach Klimakrise ein .....	4
Schweiz: Bevölkerung entscheidet sich gegen Bevölkerungsdeckel .....	5
Schweiz: neues Monitoring-System über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen .....	5
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
G7: Aufruf für einen sichereren digitalen Raum für Kinder .....	5
Florida und kanadische Angehörige verklagen OpenAI (ChatGPT) wegen mangelnden Kinderschutzes .....	5
<i>Kurznachrichten: Sozialpaket und Europäische Garantie für Kinder, Alterslimit für soziale Medien .....</i>	<i>6</i>
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
Ecoplan: Vergleich der Steuerung der vorschulischen Kinderbetreuung in acht Ländern .....	6
EDUKIDS: Lernen und Leben in der Ukraine aus der Sicht von Kindern .....	6
Doha International Family Institute: soziale Determinanten der Geburtenrate in Katar .....	7
UNICEF: die Kraft des Spielens .....	7
UNICEF legt umfassenden Atlas der Klimarisiken für Kinder vor .....	7
Eurobarometer: Bildschirmzeit und Wohlbefinden von Jugendlichen .....	7
UNICEF: ein Blick auf Morgen – digitale Zukunftsvisionen aus der Sicht von Kindern .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten aus den europäischen Institutionen

### EU-Rat beschließt Programm für die nächsten 18 Monate



Der Rat der Europäischen Union hat sein Programm für die nächsten anderthalb Jahre verabschiedet. Von Juli 2026 bis Dezember 2027 wird es vom nächsten Dreivorsitz umgesetzt: Irland, Litauen und Griechenland. Das Programm richtet sich auf demokratische Werte, eine ehrgeizige Erweiterung der EU, Außenpolitik, Verteidigung, Migration, Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, den ökologischen und digitalen Wandel sowie Innovation. Das Trio strebt bezahlbares Wohnen, Geschlechtergerechtigkeit und Armutsbekämpfung an. Kinder sollen vor Gewalt und Onlinorisiken geschützt werden.

- [EU-Rat: Draft programme of the presidency trio of Ireland, Lithuania and Greece](#) 

### EU-Rat unterstützt neue Struktur des MFF mit Klärungen für den ESF; Ratsvorsitz legt Zahlenwerk vor

Nach den Kontroversen zwischen der EU-Kommission und dem EU-Parlament sowie der Zivilgesellschaft hat nun der Rat der Europäischen Union seine partielle Verhandlungsposition zur neuen Struktur des mehrjährigen Finanzrahmens (MFF) der EU für 2028-2034 festgelegt. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die derzeitigen separaten Förderprogramme für Kohäsion (inkl. des Europäischen Sozialfonds Plus, ESF+), Landwirtschaft, Fischerei, Migration und Sicherheit sowie den Sozialklimafonds durch einen einzigen Fonds für nationale Pläne zu ersetzen, die mit den Mitgliedstaaten ausgehandelt werden (s. [AGF-EuropaNews 7/25](#)). Dies soll in einer Verordnung des EU-Haushalts zu den nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP) festgelegt werden. Der Finanzministerrat stimmt der neuen Struktur zu, aber nur unter der Voraussetzung des Einbezugs von genaueren Regeln zum Europäischen Sozialfonds (ESF) als ihrem Bestandteil. Außerdem soll, wie von der Kommission vorgeschlagen, ein definiertes Budget des ESF beziffert werden. Die Teilverhandlungsposition ist das Mandat des Rates für die Verhandlungen mit dem EU-Parlament.

Darüber hinaus hat der derzeitige zyprische Ratsvorsitz eine Verhandlungsbox für den mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 veröffentlicht. Sie enthält erstmals konkrete Zahlen und sieht gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission eine Kürzung des Gesamtvolumens um rund zwei Prozent bzw. 32,8 Mrd. Euro vor. Das Gesamtbudget würde damit 1,947 Billionen Euro umfassen. Die größten Einsparungen sollen im neuen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und bei Global Europe erfolgen. Aus Sicht mancher Nettozahlerstaaten sind die Kürzungen insgesamt zu gering und treffen die falschen Politikbereiche. Die Berichterstatter des EU-Parlaments hingegen lehnen die vorgeschlagenen Kürzungen ab und fordern weiterhin eine starke und zweckgebundene Finanzierung der Kohäsionspolitik einschließlich des Europäischen Sozialfonds sowie der Landwirtschaft.

- [EU-Rat: MFR 2028-2034 – Rat unterstützt einfachere und effizientere Vorschriften für den Kohäsionsfonds](#)
- [EU-Rat: Verhandlungsbox für den mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034](#)  

### EU-Parlament und EU-Rat einigen sich auf neue Straftatbestände zu sexuellem Kindesmissbrauch

Vertreter:innen des Europäischen Parlaments und des Rats der Europäischen Union haben sich nach einem Jahr Verhandlungen auf eine Neufassung der Richtlinie für die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern geeinigt (CSA Directive, s. zuletzt [AGF-EuropaNews 6/25](#)). Die Richtlinie definiert neue Straftatbestände: das Erstellen oder Verbreiten von Anleitungen für den sexuellen Missbrauch von Kindern; den Versuch, Kinder zur

Bereitstellung von CSA-Material zu bewegen (eine Form von Grooming); die Drohung gegenüber Kindern, CSA-Material von ihnen zu veröffentlichen (sextortion); das Livestreaming von sexuellem Kindesmissbrauch; sowie Erwerb, Besitz oder Verbreiten von Systemen künstlicher Intelligenz zur Erstellung von CSA-Material. Die Neufassung enthält auch die erste EU-weite Definition nicht einvernehmlicher sexueller Handlungen (nur Ja heißt Ja). Bestehende Strafmaße werden erhöht. Die Verjährungsfristen werden auf bis zu 32 Jahre verlängert. Die Unterstützung der Opfer sowie ihr Anspruch auf Entschädigung werden gestärkt. Die Richtlinie soll nach technischen Überarbeitungen formal vom Parlament und dem Ministerrat verabschiedet werden. Die Mitgliedstaaten müssten sie dann binnen dreier Jahre in nationales Recht umsetzen. Hingegen harrt die neue Verordnung insbesondere gegen den Onlinemissbrauch von Kindern (CSA Regulation, s. zuletzt [AGF-EuropaNews 10/25](#)) weiterhin einer Einigung.

- [EU-Parlament: Combating child sexual abuse – agreement on updated rules](#) 

### Europarat: CSA-Material ist auch bei Verwendung von künstlicher Intelligenz bereits verboten

Zwei Komitees des Europarates haben in einer gemeinsamen Sitzung darauf hingewiesen, dass die Erstellung und Verbreitung von Material zu sexuellem Kindesmissbrauch (CSAM) gemäß der Konvention gegen Cyberkriminalität und der Lanzarote-Konvention des Europarates verboten sind, und zwar unabhängig von der Technologie, die für ihre Herstellung verwendet wurde. Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, möglicherweise bestehende Beschränkungen der Strafverfolgung im Falle der Verwendung künstlicher Intelligenz zu überprüfen. Darüber hinaus wurde im Europarat beraten, wie sich im Hinblick auf soziale Medien der Schutz von Kindern am besten mit der Achtung ihrer Rechte und der Möglichkeit ihrer Teilnahme an der öffentlichen Debatte in Einklang bringen lässt.

- [Europarat: Erstellen und Verbreiten von CSAM ist gemäß Übereinkommen des Europarates eine Straftat](#)
- [Europarat: Soziale Medien und psychische Gesundheit – die richtigen Antworten sind selten schwarz-weiß](#)

### EIGE-Bericht und EU-Rat zur Bekämpfung von Cybermobbing gegen Mädchen in der EU

Das European Institute for Gender Equality (EIGE) hat einen Bericht mit Empfehlungen zur Bekämpfung von Cybermobbing gegen Mädchen in der EU veröffentlicht. Darauf gestützt, hat der Rat der Europäischen Union Schlussfolgerungen verabschiedet. Er fordert darin wirksamere Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung der verschiedenen Formen von Online-Missbrauch, darunter Cyberstalking, Online-Belästigung, die Weitergabe von Bildern ohne Einwilligung der betroffenen Person sowie sexistische Hassreden. Diese Übergriffe hätten ihre Wurzeln in systemischen Ungleichheiten und schädlichen Geschlechternormen, die männliche Aggression und die Schuldzuweisung an die Opfer normalisierten. Online-Missbrauch würde sich außerdem oft auf schädliches Verhalten im realen Leben ausdehnen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen konzentrieren sich auf die Unterstützung der Opfer, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Durchsetzung der Rechtsvorschriften sowie die Erforschung der Dynamiken und Ursachen von Cybermobbing. Der Sozialministerrat erinnert zudem an die Verantwortung der Wirtschaftsakteure im Internet, insbesondere der Betreiber von Online-Plattformen und sozialen Medien.

- [EIGE: From lived reality to policy action: Combating cyber violence against girls in the EU](#)  
- [EU-Rat: Schlussfolgerungen zur Prävention und Bekämpfung von Cybergewalt gegen Mädchen](#) 

## Koordinator:innen der Europäischen Garantie für Kinder beraten die Stärkung der Garantie

Die Koordinator:innen der Europäischen Garantie für Kinder trafen sich auf Zypern zu ihrer 25. Sitzung. Sie begrüßten den umfassenden Ansatz der vorgestellten Mitteilung der EU-Kommission über die Durchbrechung des Kreislaufs der Kinderarmut und die Stärkung der Garantie für Kinder als Teil des EU-Pakets zur Armutsbekämpfung (s. [AGF-EuropaNews 5/26](#)). Als ein weiteres zentrales Thema wurde erörtert, wie schutzbedürftige Jugendliche beim Übergang ins Erwachsenenalter besser unterstützt werden können. Die Koordinator:innen betonten, dass es wichtig sei, Kinderschutz, Bildung, Beschäftigung und Sozialdienste miteinander zu verknüpfen. Außerdem tauschten sie sich über erfolgreiche Praktiken und neue Reformen aus.

- [EU-Kommission: EU Coordinators discussed the strengthened European Child Guarantee](#) 

## EU-Kommission: 17 Mio. Euro zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Unterstützung junger Roma

Im Rahmen der ersten EU-Strategie zur Armutsbekämpfung hat der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) eine neue Ausschreibung für Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Garantie für Kinder veröffentlicht, um Kinderarmut durch innovative, integrierte Dienstleistungen zu bekämpfen. Außerdem sollen die Chancen für junge Roma verbessert werden, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung sind.

- [EU-Kommission: Call for proposals – strengthening the Child Guarantee and supporting Roma NEETs](#) 

## EU-Parlament billigt endgültig die Inhaftierung von geflüchteten Familien mit Kindern




Nach Verhandlungen mit dem Rat der Europäischen Union hat das Europäische Parlament das Ergebnis angenommen, mit 418 Ja-Stimmen, 218 Nein-Stimmen und 30 Enthaltungen. Es handelt sich um eine neue Verordnung zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen (Return Regulation, s. zuletzt [AGF-EuropaNews 3/26](#)). Sie sieht vor, dass abzuschiebende Angehörige aus Nicht-EU-Staaten bis zu 24 bzw. 30 Monate lang inhaftiert werden können, einschließlich minderjähriger Geflüchteter und Familien mit Kindern. Mildere Mittel wie eine finanzielle Sicherheitsleistung oder eine elektronische Fußfessel können ebenfalls auferlegt werden. Außerdem dürfen Familien mit Kindern in „Rückführungszentren“ auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates überstellt werden, sofern dieser die Menschenrechte und den Grundsatz der Nichtzurückweisung achtet. Die Verordnung sieht ferner vor, dass bei all diesen Maßnahmen die Grundrechte zu wahren sind. Außerdem wird eine kostenlose Rechtsberatung für Asylbewerber:innen eingeführt. Ein Änderungsantrag, Familien mit Kindern auszunehmen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Nach der formalen Zustimmung des Ministerrates werden manche Teile der neuen Verordnung sofort in Kraft treten, andere nach einem Jahr.

- [EU-Parlament: Neues EU-System zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen](#)

## EU-Kommission: Empfehlungen zu Wohnen und Kinderbetreuung im Europäischen Semester

Die Europäische Kommission hat zum ersten Mal bezahlbares Wohnen in einem eigenen Anhang des Europäischen Semesters aufgenommen, dem Koordinationsinstrument für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten. So schlägt sie vor, die Baugenehmigungen zu vereinfachen und mehr in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Außerdem hat die Kommission Ratschläge für eine bessere Kinderbetreuung gegeben, insbesondere um es Eltern zu erleichtern, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. In den jährlichen Empfehlungen an einzelne Länder wird Deutschland aufgefordert, die Zugänglichkeit und Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung zu erhöhen. Frankreich und Spanien sollen mehr gegen Kinderarmut tun, und vier weitere Länder sollen die Schulbildung inklusiver gestalten. Zusammen mit acht weiteren

Mitgliedstaaten soll Deutschland die Langzeitpflege für Ältere verbessern, um Eltern bzw. Frauen von der informellen Pflege zu entlasten. Der Europäische Rat hat die Empfehlungen auf seinem Gipfeltreffen diskutiert und der Ministerrat will sie im Juli annehmen.

- [EU-Kommission: European Semester 2026 – Housing in the spotlight](#) 
- [EU-Kommission: 2026 European Semester – Country Specific Recommendations](#) 
- [COFACE: Supporting families – central component of the European Semester](#) 

### *Kurznachrichten: Wohnen, Opferschutz, „Nudifier“-Apps, ECG, Kriminalität, Online-Sicherheit*

- Der Ministerrat hat Schlussfolgerungen zum [erschwinglichen Wohnen und seinem Zusammenhang mit Demografie, sozialer Inklusion und der Familiengründung](#) verabschiedet.
- Der Ministerrat hat der [Änderung der Richtlinie zum Schutz von Opfern von Straftaten](#) endgültig zugestimmt, so dass sie in nationales Recht umgesetzt werden muss (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 5/26](#)).
- Das [EU-Parlament](#) und der [EU-Rat](#) haben das Verbot von „Nudifier“-Apps endgültig verabschiedet (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 5/26](#)). Es wird ab dem 2. Dezember gelten. Andere KI-Regeln wurden vereinfacht.
- Die Zahl der veröffentlichten [Umsetzungsberichte zur Europäischen Garantie für Kinder \(ECG\)](#) ist auf 19 von 27 gestiegen.
- Die EU-Kommission hat vom 1. bis 29. Juni eine [Konsultation für einen künftigen Aktionsplan zum Schutz von Kindern vor Kriminalität](#) durchgeführt, der bestehende Instrumente bündeln und ergänzen soll.
- Am 13. Juli wird der [Sonderausschuss zur Online-Sicherheit von Kindern](#) seine Empfehlungen zu der Frage vorlegen, wie der EU-Rahmen für den Schutz Minderjähriger im Internet gestärkt werden kann.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

### Italien führt elterliche Einwilligung für Sexualkundeunterricht an Schulen ein

Italien hat ein neues Gesetz eingeführt, das für den Sexualkundeunterricht an weiterführenden Schulen die Einwilligung der Eltern erforderlich macht und ihn in Kindergärten und Grundschulen verbietet. Die von der Regierung vorangetriebene Reform zielt darauf ab, die elterliche Entscheidungsgewalt über die Bildung ihrer Kinder zu stärken. Die Schulen müssen die Familien im Voraus über die Inhalte etwaiger Sexualkundeaktivitäten und die Hinzuziehung externer Expert:innen informieren. Sexualkundeunterricht an Schulen ist in Italien – anders als in den meisten europäischen Ländern – nicht verpflichtend. Eine Umfrage von „Save the Children“ aus dem Jahr 2025 ergab, dass nur 47 % der italienischen Jugendlichen diesen Unterricht erhalten hatten.

### Spanien führt neues Schulfach Klimakrise ein

Seit diesem Schuljahr soll ein neues Schulfach an allen Schulen Spaniens verpflichtend Kinder und Jugendliche auf die Auswirkungen der Klimakrise vorbereiten, praktisch und lebensnah. Auslöser dafür war eine der größten Naturkatastrophen in Spaniens Geschichte; in der Region Valencia starben im Oktober 2024 mehr als 220 Menschen durch eine Flut. Einen Monat danach wurde ein Gesetz verabschiedet, das Klimabildung verpflichtend macht. Die Schulkinder sollen nun üben, wie sie sich bei Waldbränden oder Überflutungen am besten verhalten

und wie sie Gefahrensituationen erkennen und sich schützen können. Zunächst umfasst der Unterricht zwei bis vier Stunden pro Jahr, zum Beispiel mit Mitwirkung des Katastrophenschutzes.

### Schweiz: Bevölkerung entscheidet sich gegen Bevölkerungsdeckel

In einer Volksabstimmung haben die Schweizer:innen die Initiative zur Begrenzung ihrer Landesbevölkerung auf zehn Millionen Einwohner:innen abgelehnt. Angesichts von gegenwärtig 9,1 Millionen Einwohner:innen wollte die von der SVP zur Abstimmung vorgelegte „Nachhaltigkeitsinitiative“ mit dem Motto „Keine 10-Millionen-Schweiz!“ die Einwanderung begrenzen. Eine Mehrheit von 54,8 % der Schweizer:innen entschied dagegen. Die Umsetzung der Initiative wäre mit einem Bruch von Vereinbarungen mit der EU und der Genfer Flüchtlingskonvention sowie mit großen Unsicherheiten für die Schweizer Wirtschaft einhergegangen, so die Regierung.

### Schweiz: neues Monitoring-System über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen

KidsHealthCH, das neue Schweizer Monitoring-System für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, kommt zu dem Ergebnis, das junge Menschen in der Schweiz insgesamt bei guter Gesundheit seien. Der Bericht analysiert 100 Schlüsselindikatoren und bietet einen detaillierten Überblick über die Gesundheit junger Menschen in der Schweiz. Er zeigt auch negative Tendenzen auf, insbesondere bei der psychischen Gesundheit, beim Tabak- und Nikotinkonsum sowie beim Schutz Jugendlicher vor Tabak und Alkohol. KidsHealthCH fasst die Daten aus mehreren Erhebungen zusammen und wurde in Zusammenarbeit mit rund 100 Expert:innen entwickelt.

## Weitere Nachrichten

---

### G7: Aufruf für einen sichereren digitalen Raum für Kinder

Die Gruppe der sieben großen Industrieländer, einschließlich der Europäischen Union und unterstützt von Brasilien, Ägypten, Indien, Kenia und der Republik Korea als Partner der G7, hat alle Regierungen, Anbieter digitaler Dienste, Behörden und Interessengruppen dazu aufgerufen, dem Schutz der körperlichen und seelischen Gesundheit, der Privatsphäre und der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Internet Vorrang einzuräumen. Sie haben sich verpflichtet, Minderjährigen einen sicheren digitalen Raum für ihre Entwicklung, ihre Bildung und ihr Wohlergehen zur Verfügung zu stellen. Sie forderten die Anbieter digitaler Dienste inkl. KI auf, sichere Technologien und Systeme zu entwickeln und einzusetzen, darunter wirksame und innovative Mechanismen zur Altersüberprüfung. Sie bekräftigten nachdrücklich ihr Bekenntnis zum Verbot der Erstellung, Manipulation und Verbreitung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch sowie krimineller Handlungen im Zusammenhang mit nicht einvernehmlich aufgenommenen intimen Darstellungen, einschließlich Deepfakes sowie von Online-Grooming, sexueller Ausbeutung und sexueller Erpressung.

- [G7: Leaders' Call on a Safer Digital Space for Minors](#)  

### Florida und kanadische Angehörige verklagen OpenAI (ChatGPT) wegen mangelnden Kinderschutzes

Der US-Bundesstaat Florida hat das KI-Unternehmen OpenAI und dessen Geschäftsführer Sam Altman verklagt. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, bewusst den Chatbot ChatGPT veröffentlicht und vermarktet zu haben,

während es ernste Risiken zu verheimlichen versucht habe. Interne Sicherheitswarnungen seien unter Verschluss gehalten und Nutzer:innen über die Gefahren des Produkts getäuscht worden. Dadurch seien auch „Kinder einer großen Gefahr ausgesetzt“ worden. ChatGPT habe Kindern Schaden zugefügt, indem es etwa Informationen an Attentäter in Schulen und Anleitungen zur Selbstverletzung gegeben habe. Zudem habe es Kinder süchtig gemacht. OpenAI könnte zu Schadensersatz von bis zu mehreren Milliarden Dollar haftbar sein. Zudem zielt die Klage auf eine gerichtliche Anordnung ab, die OpenAI dazu verpflichtet, seinen Umgang mit jüngeren Nutzer:innen zu ändern.

Im April hatten bereits Angehörige von Opfern einer der tödlichsten Gewalttaten Kanadas mehrere Klagen gegen OpenAI und Altman eingereicht. Dabei wird dem Unternehmen vorgeworfen, schon Monate zuvor gewusst zu haben, dass die Täterin den Anschlag mit ChatGPT plante.

### *Kurznachrichten: Sozialpaket und Europäische Garantie für Kinder, Alterslimit für soziale Medien*

- Die EU Alliance for Investing in Children (COFACE, Eurochild, Save the Children u. a.) hat auf das [Sozialpaket und die Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder](#) reagiert (s. [AGF-EuropaNews 5/26](#)).
- Das European Youth Forum mit über 100 Jugendorganisationen hat sich [gegen ein Social-Media-Verbot ausgesprochen](#), da es genau jene zum Schweigen bringe und ausschließe, die es schützen soll.

## Berichte und Studien

---

### **Ecoplan: Vergleich der Steuerung der vorschulischen Kinderbetreuung in acht Ländern**

Im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen hat die Agentur Ecoplan verschiedene Steuerungssysteme in Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, UK und sechs Schweizer Kantonen untersucht. Die Analyse umfasst einen Überblick der Steuerungselemente wie Zuständigkeiten, Finanzierungsflüsse sowie Tarifgestaltung und bewertet die allgemeinen Wirkungszusammenhänge, um daraus Empfehlungen abzuleiten. Ein für alle zugängliches und qualitativ gutes Betreuungsangebot werde am besten erreicht durch eine Kombination von verbindlichen Standards, einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz oder eine im Bildungssystem integrierte Vorschule, verbunden mit öffentlichen Beiträgen, die sowohl die Eltern einkommensabhängig entlasten, als auch die Anbieter mit Betriebs- und Investitionsbeiträgen unterstützen.

- [Ecoplan: Öffentliche Steuerung und Finanzierung der institutionellen Kinderbetreuung vor Schuleintritt](#)

### **EDUKIDS: Lernen und Leben in der Ukraine aus der Sicht von Kindern**

Die ukrainische Wohltätigkeitsstiftung EDUKIDS hat eine Umfrage unter mehr als 5.500 Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 17 Jahren durchgeführt. Ziel war es, direkt von den Kindern selbst zu hören: über ihre Erfahrungen, ihr emotionales Wohlbefinden, ihre Lernbedingungen und ihre Bedürfnisse vor dem Hintergrund von Krieg, Luftangriffswarnungen, Stromausfällen und anhaltender Instabilität. Der dringlichste Wunsch der Kinder war das Bedürfnis nach moralischer, psychologischer und emotionaler Unterstützung.

- [EDUKIDS: How I Feel and Learn in Ukraine Today](#) 🇬🇧

## Doha International Family Institute: soziale Determinanten der Geburtenrate in Katar

Das Doha International Family Institute hat einen umfassenden Bericht über die Geburtenkrise veröffentlicht, von der Katar derzeit betroffen ist. In den letzten Jahrzehnten hat die katarische Gesellschaft im Zuge der Entdeckung und Ausbeutung fossiler Brennstoffressourcen rasante wirtschaftliche, soziale und kulturelle Veränderungen durchlaufen. Diese Entwicklungen haben zu erheblichen Verbesserungen des Lebensstandards sowie zu einem höheren Bildungsniveau und einem gesteigerten sozialen Bewusstsein geführt. Solche Veränderungen haben auch tiefgreifende Auswirkungen auf das Familienleben gehabt und zu sinkenden Heirats- und Geburtenraten beigetragen. Dem Bericht zufolge könnte die Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Geburtenkrise des Landes spielen.

- [The Doha International Family Institute: Social Determinants of Fertility and Policy Implications](#) 

## UNICEF: die Kraft des Spielens

Anlässlich des Internationalen Tages des Spiels am 11. Juni hat UNICEF seinen neuesten Bericht zum Thema Spielen veröffentlicht. Spielen sei für die Entwicklung und das Wohlbefinden jedes Kindes von zentraler Bedeutung. In vielen Gemeinden schrumpfe jedoch der Zugang von Kindern zu freiem, unstrukturiertem Spiel, da öffentliche Räume unsicher, unzugänglich oder ungesund werden – insbesondere in dicht besiedelten städtischen Gebieten sowie in humanitären Krisensituationen. Auf der Grundlage von Daten aus fast 100 Ländern über einen Zeitraum von 15 Jahren zeigt der aktuelle Spielbericht, dass weltweit jedes siebte Kind zu Hause über keinerlei Spielmaterialien wie im Handel erworbenes Spielzeug, Haushaltsgegenstände oder andere einfache Spielmittel verfügt. Ähnlich wie 2014 spielen etwa jedes fünfte Kind zu Hause nicht mit einem Elternteil oder einer Bezugsperson. In Westeuropa betrifft dies eine Million Kinder. Während der Anteil der Kinder, die zu Hause mit ihrer Mutter oder anderen Bezugspersonen spielen, etwa gleich hoch sei, sei die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder mit ihrem Vater spielen, fast um die Hälfte geringer.

- [UNICEF: The Power of Play](#) 

## UNICEF legt umfassenden Atlas der Klimarisiken für Kinder vor

Der „Children’s Climate Risk Report 2026“ liefert das bislang detaillierteste globale Bild darüber, wo Kinder den größten Klimarisiken ausgesetzt sind. 23 Indikatoren zu 10 verschiedenen Klimagefahren zeigen für fast jeden Staat der Welt, wie viele Kinder betroffen sind. Mehr als drei Viertel aller Kinder weltweit (1,8 Milliarden) sind Dürren ausgesetzt, die die Ernährungssicherheit und die Lebensgrundlagen bedrohen. Spitzenreiter in Europa waren das Vereinigte Königreich mit 8,9 Millionen betroffenen Kindern und Deutschland mit 6,1 Millionen. Fast zwei von drei Kindern weltweit (1,5 Milliarden) sind Hitzewellen ausgesetzt, die immer häufiger auftreten, länger andauern oder an Intensität zunehmen. In Europa waren mit 12,9 Millionen die meisten Kinder in Deutschland betroffen. Fast jedes siebte Kind – rund 337 Millionen – lebt in Gebieten, die von Hochwasser betroffen sind. In Frankreich waren das 880.000 Kinder.

- [UNICEF: Children's Climate Risk Report \(2026\)](#) 

## Eurobarometer: Bildschirmzeit und Wohlbefinden von Jugendlichen

Aus einer neuen Eurobarometer-Umfrage geht hervor, dass 48 % der Jugendlichen angeben, dass soziale Medien einen positiven Einfluss auf ihr geistiges Wohlbefinden haben, da sich ihre Hauptmotivation auf Unterhaltung (57 %), den Kontakt mit Freunden oder der Familie (53 %), das Gefühl der Verbundenheit mit anderen (70 %) und

Lernmöglichkeiten (65 %) konzentrierte. Zugleich bekundet beinahe jeder dritte junge Mensch ausdrücklich, sich durch soziale Medien gestresst, traurig oder sozial ausgegrenzt zu fühlen. Hassreden (25 %), die Förderung von ungesunden Produkten wie Alkohol oder ungesunden Lebensmitteln (25 %), der Druck, wie man aussieht oder was man kauft (24 %), oder der Druck, bestimmte Körperstandards einzuhalten (21 %), wurden als Beispiele für schädliche oder belastende Inhalte identifiziert. Im Durchschnitt verbringen junge Menschen in Europa an Schultagen 4,5 Stunden und an Wochenenden 6,1 Stunden online. 14 % der Jugendlichen gaben an, mehr als 10 Stunden pro Tag am Bildschirm zu verbringen. 29 % der Jugendlichen, aber 51 % der Eltern sind der Auffassung, dass die Bildschirmnutzung eine insgesamt negative Wirkung auf Jugendliche habe. Jugendliche und Eltern stimmten darin überein, dass die Maßnahme, die am meisten zur Verbesserung des psychischen Wohlbefindens von Jugendlichen im Internet beitragen würde, eine bessere Umsetzung der bestehenden Plattformregeln sei, die von 48 % der Jugendlichen und 47 % der Eltern genannt wurden.

- [Eurobarometer: Auswirkungen übermäßiger Bildschirmzeit und sozialer Medien](#)

### UNICEF: ein Blick auf Morgen – digitale Zukunftsvisionen aus der Sicht von Kindern

Wie stellen sich Kinder die digitale Technologie der Zukunft vor? Die Kinder von 10 bis 17 Jahren, mit denen UNICEF in Brasilien, Indien, Malaysia, Sierra Leone, Spanien, Uganda und den USA gesprochen hat, nutzten Legosteine, Pfeifenreiniger, Zeichnungen und Knete, um ihre Zukunftsvisionen zu zeigen: eine Zukunft, in der Roboter in den Alltag integriert sind, digitale Technologien benutzerfreundlicher sind und das Internet sicherer ist – alles mit dem Ziel, das Wohl der Kinder besser zu fördern. Auch wenn sich die Kinder positive und befähigende Zukunftsvisionen ausmalten, waren manche Szenarien doch deutlich düsterer.

- [UNICEF: Seeing Tomorrow – Digital futures through children's eyes](#) 

### Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
8.-9. Juli 2026, Paris und online	<a href="#">OECD Forum on Gender Equality; Harnessing the digital transformation for all</a>	OECD
9. Juli 2026, online	<a href="#">Regional launch of the Demographic Futures Survey: Findings from Eastern Europe and Central Asia</a>	United Nations Population Fund und Population Europe
11. Juli 2026	<a href="#">World Population Day</a>	UN
15. Juli 2026	<a href="#">World Youth Skills Day</a>	UN
15. Juli 2026, Brüssel und online	<a href="#">EU Day for the Victims of the Global Climate Crisis – Building Resilience to Protect People and Communities</a>	EU-Kommission
30. Juli 2026	<a href="#">World Day Against Trafficking in Persons</a>	UN
8. September 2026, online	<a href="#">Tuesday Dialogue: Who can still afford to buy their own home?</a>	Population Europe
15. September 2026, online	<a href="#">COFACE working group on single parent families</a>	COFACE

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
25.-26. September 2026, Warschau	<a href="#">Labour Market Transformations and the Future of Families – Final Conference of the ERC Project LABFER</a>	Interdisciplinary Centre for Labour Market and Family Dynamics (LabFam)
1. Oktober 2026	<a href="#">Daphne-CHILD High-level Conference</a> (save the date)	Eurochild und Terre des Hommes
6. Oktober 2026, online	<a href="#">Tuesday Dialogue: Mind the Parental Age Gap!</a>	Population Europe
12.-14. Oktober 2026	<a href="#">European Week of Regions and Cities 2026</a>	EC und ECR
20. Oktober 2026, online	<a href="#">Tuesday Dialogue - "Boys' Achievement Crisis": myths, evidence, policy challenges</a>	Population Europe
18. November 2026, Valletta, Malta	<a href="#">Implementing the European Child Guarantee for Children with Disabilities</a>	COFACE

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich für die Belange der Familien ein und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: [www.ag-familie.de](http://www.ag-familie.de)  
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend